



**Rückwirkende Satzung zur Besteuerung des Spielvergnügens an
Geldspielgeräten im Gebiet der Stadt Köln**
vom 16. Dezember 2005

*in der Fassung der 1. Satzung zur Änderung der Rückwirkenden Satzung zur
Besteuerung des Spielvergnügens an Geldspielgeräten im Gebiet der Stadt Köln
vom 10. Oktober 2006*

Der Rat der Stadt Köln hat in seiner Sitzung am 15.12.2005 aufgrund des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV NRW S. 666) und des § 2 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG) vom 21. Oktober 1969 (GV NRW S. 712) – jeweils in der zum Zeitpunkt des Erlasses dieser Satzung geltenden Fassung - folgende Satzung beschlossen:

§ 1
Steuergläubiger

Die Stadt Köln erhebt nach dieser Satzung eine Steuer auf Geldspielgeräte als örtliche Aufwandsteuer.

§ 2
Steuergegenstand

Besteuert wird die entgeltliche Benutzung von Geldspielgeräten in Spielhallen oder ähnlichen Unternehmen, in Schankwirtschaften, Speisewirtschaften, Gastwirtschaften, Internetcafes, Kaufhäusern, Beherbergungsbetrieben, Wettannahmestellen, Kantinen, Vereins- oder ähnlichen Räumen sowie an anderen jedermann zugänglichen Orten.

§ 3
Bemessungsgrundlagen

Bemessungsgrundlage ist der Spieleinsatz. Als Spieleinsatz gilt alles, was für die Nutzung des Spielgerätes aufgewendet wird. Neben dem Geldeinwurf am Spielgerät sind dies zum Beispiel auch Eintrittsgelder oder Aufwendungen für Kundenkarten.

§ 4
Steuersatz

Die Steuer beträgt 5 vom Hundert des Spieleinsatzes.

§ 5 Steuerschuldner

- (1) Steuerschuldner ist der Unternehmer der Veranstaltung (Veranstalter). Als Veranstalter gilt der Eigentümer der Geräte; im Falle einer Sicherheitsübereignung oder eines vergleichbaren Rechtsverhältnisses der wirtschaftliche Eigentümer.
- (2) Als Unternehmer (Mitunternehmer) der Veranstaltung gilt auch der Inhaber der Räume oder Grundstücke, in oder auf denen die Veranstaltung stattfindet, wenn er im Rahmen der Veranstaltung an den Einnahmen oder dem Ertrag aus der Veranstaltung beteiligt ist.
- (3) Personen, die nebeneinander die Steuer schulden, sind Gesamtschuldner.

§ 6 Entstehung des Steueranspruches

Der Steueranspruch entsteht mit der Inbetriebnahme des Gerätes.

§ 7 Anzeigepflicht, Festsetzung und Fälligkeit

- (1) Für die Geräte nach § 2 ist dem Kassen- und Steueramt der Stadt Köln bis zum 15. März 2006 je Aufstellort eine Steuererklärung nach amtlich vorgeschriebenem Vordruck einzureichen.

Der Steuererklärung sind sämtliche Zählwerkausdrucke (Kassenstreifen) der zu versteuernden Geräte beizufügen. Es ist der letzte Ablesetag des jeweiligen Kalenderjahres bzw. bei Ende der Steuerpflicht im Laufe eines Kalenderjahres der letzte Tag des Betriebes des Gerätes als Auslesetag der elektronisch gezählten Kasse zu Grunde zu legen. Für das Folgejahr ist lückenlos an den Auslesezeitpunkt (Tag und Uhrzeit) des Ausdrucks des Auslesetages des vorigen Kalenderjahres anzuschließen.

Die Zählwerkausdrucke (Kassenstreifen) müssen – entsprechend den Angaben auf den amtlichen Vordrucken – folgende Parameter enthalten: Aufstellort, Gerätenamen, Gerätenummer, Ausdruck Nr., Summe der eingesetzten Geldbeträge im jeweiligen Abrechnungszeitraum.

Die vorgenannten Daten können nach vorheriger Zustimmung des Kassen- und Steueramtes der Stadt Köln auch auf elektronischem Wege oder auf Datenträgern übermittelt werden.

Die Steuererklärung muss vom Steuerschuldner oder seinem Vertreter unterschrieben sein.

- (2) Die bislang für die Geräte nach § 2 geleisteten Steuern werden auf die sich nach dieser Satzung ergebenden Steuerschuld angerechnet. Die Abrechnung erfolgt

nach Vorlage der Steuererklärung für das jeweilige Kalenderjahr.
Ist die Steuerschuld größer als die Summe der geleisteten Zahlungen, so ist der Unterschiedsbetrag innerhalb von sieben Kalendertagen nach Bekanntgabe des Steuerbescheides zu entrichten.
Ist die Steuerschuld kleiner als die Summe der geleisteten Zahlungen, wird der Unterschiedsbetrag nach Bekanntgabe des Steuerbescheides unverzüglich durch Aufrechnung oder Zurückzahlung ausgeglichen.

§ 8 Steuervereinbarungen

Das Kassen- und Steueramt der Stadt Köln kann abweichend von der Vorschrift des § 4 den Steuerbetrag mit dem Veranstalter vereinbaren, wenn der Nachweis der steuerlich relevanten Daten im Einzelfall besonders schwierig ist oder wenn die Vereinbarung zu einer Vereinfachung der Berechnung führt.

§ 9 Verspätungszuschlag

Die Festsetzung eines Verspätungszuschlages bei Nichtabgabe oder nicht fristgerechter Abgabe einer Steuererklärung (Steueranmeldung) erfolgt nach der Vorschrift des § 152 der Abgabenordnung in der jeweils geltenden Fassung.

§ 10 Steueraufsicht und Prüfungsvorschriften

Sowohl der Veranstalter als auch der Eigentümer, der Vermieter, der Besitzer und der sonstige Inhaber der benutzten Räume oder Grundstücke sind verpflichtet, mit Dienstausweis oder besonderer Vollmacht ausgestatteten Vertretern des Kassen- und Steueramtes der Stadt Köln zur Nachprüfung der Erklärungen und zur Feststellung von Steuertatbeständen unentgeltlich Einlass in die Veranstaltungsräume, auch während der Veranstaltungen, zu gewähren. Die Vertreter des Kassen- und Steueramtes der Stadt Köln sind berechtigt, sich eine Kopie des Zählwerksausdrucks mit den für die Erhebung der Spielgerätsteuer relevanten Daten erstellen zu lassen.

§ 11 Straftaten / Ordnungswidrigkeiten

Zu widerhandlungen gegen die Bestimmungen der §§ 7 und 10 dieser Satzung können gemäß §§ 17 und 20 des Kommunalabgabengesetzes NRW (KAG) als Straftat bzw. Ordnungswidrigkeit verfolgt werden.



§ 12

Geltung des Kommunalabgabengesetzes und der Abgabenordnung

Soweit diese Satzung im Einzelnen nichts anderes bestimmt, sind die Vorschriften der §§ 12 – 22 a des KAG und der Abgabenordnung - soweit diese nach § 12 des KAG für die Vergnügungssteuer gelten - in der jeweiligen Fassung anzuwenden.

§ 13

In-Kraft-Treten

Diese Satzung tritt am 01.01.2003 in Kraft.

Sie gilt ausschließlich für Geräte nach § 2, für die noch keine bestandskräftige Steuerfestsetzung nach den Regelungen der Vergnügungssteuersatzung vom 20.12.2002 sowie der Vergnügungssteuersatzung vom 19.12.2003 in der Fassung der 1. Änderungssatzung vom 14.04.2004 erfolgt ist.

Vorstehende Satzung wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.
(Hinweis auf § 7 GO NW nicht ins Kölner Stadtrecht übernommen.)

Köln, den 16.12.2005

Der Oberbürgermeister
gez. Schramma

- ABI StK 2005, S. 734, 2006, S. 784 -